

Inhalt

I.	TÜSIAD öffnet Büro in Peking	2
II.	Busch sagt Erdogan enge Zusammenarbeit zu	2
III.	Kaspisches Gas beginnt in türkisch-griechischer Pipeline zu fließen	3
IV.	Vorschlag zur Mittelmeer-Union ‚konzentriert sich auf Projekte‘	4
V.	Umfrage: Brüsseler Journalisten erwarten EU-Beitritt der Türkei	5
VI.	EU drängt Türkei, Reformen voranzutreiben	7
VII.	Finanz- und Wirtschaftsnachrichten	9
VIII.	Firmennachrichten aus der Türkei	11

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****November 2007**

I. TÜSİAD öffnet Büro in Peking

Der Verband türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSİAD), der in Brüssel, Washington, Paris und Berlin Vertretungen hat, öffnete auch in Peking ein Büro. Die Vorstandsvorsitzende des TÜSİAD, Arzuhan Doğan Yalçındağ, sagte: „Für Vertiefung der Beziehungen unseres Land und des türkischen Privatsektors mit China sind wir bereit, jeglichen Beitrag leisten.“

Staatsminister Mehmet Şimşek, der auch an der gestrigen Eröffnungsfeier teilnahm, sagte: „TUSIAD setzte einen Schritt und wir wollen, dass der Privatsektor beim Wachstum eine wichtigere Rolle übernimmt.“

II. Bush sagt Erdoğan enge Zusammenarbeit zu

Der amerikanische Präsident George W. Bush hat die Terrororganisation PKK als gemeinsamen „Feind“ bezeichnet und der Türkei Hilfe im Kampf gegen die Terroristen angeboten. Bei einem Treffen mit dem Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in Washington nannte Bush die PKK am Montag eine terroristische Gruppe. „Sie sind ein Feind der Türkei, ein Feind des Irak und ein Feind der Vereinigten Staaten.“

Konkret bot Bush Erdoğan an, Geheimdienstmaterial zu teilen, um den Terroristen im Grenzgebiet zum Irak Einhalt zu gebieten. „Gute, akkurate Geheimdienstinformationen, die schnell geliefert werden und auf moderner Technik basieren, werden es viel einfacher machen, effektiv gegen die Terroristen vorzugehen“, sagte Bush. Die Streitkräfte beider Länder würden in ständigem Kontakt stehen. Zusätzlich sollen ranghohe Vertreter der Streitkräfte beider Länder sich regelmäßig über die Operationen der PKK-Terroristen informieren.

Erdoğan zeigte sich mit dem Ausgang des Gesprächs zufrieden. Er äußerte sich allerdings nicht dazu, ob Bush ihn dazu gedrängt habe, auf einen Armee-Einsatz im Irak zu verzichten.

Ein militärisches Vorgehen gegen PKK-Terroristen im Nordirak wiederholte Erdoğan bei dem gemeinsamen Presseauftritt nicht. „Derzeit liegt unsere Priorität auf dem Austausch von Geheimdienstinformationen“, sagte er. „Es ist sehr wichtig für uns, gemeinsam vorzugehen.“ Erdoğan hatte vor dem Treffen gesagt, dass er konkrete Hilfe der USA im Kampf gegen die PKK erwarte. „Die Geduld des türkischen Volkes ist am Ende“, erklärte er.

Nach dem Treffen mit Bush in Washington kritisierte Ministerpräsident Erdoğan bei einer Rede im Zentrum für Strategische und Internationale Studien das zögerliche Handeln der USA und Iraks in dem Konflikt. „Wir würden uns dringende, konkrete Maßnahmen wünschen, die über die reine Rhetorik hinausgehen und die PKK aus dem Nordirak vertreiben.“ Die Türkei sei an einem Krieg nicht interessiert, betonte Erdoğan später in einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in Washington. Das Mandat des türkischen Parlaments beziehe sich auf einen Einsatz gegen die PKK. Ministerpräsident Erdoğan betonte, die Türkei strebe keine Ausdehnung in den Irak an.

„Wir sind an einem Punkt angelangt, von unserem Recht aus dem Internationalen Recht gegen die separatistische Terrororganisation Gebrauch zu machen, die unsere territoriale Integrität, Sicherheit und Ordnung aus dem Nordirak bedroht. Das ist eine Befugnis des Internationalen Rechtes und wir werden dies ausüben“, sagte Erdoğan weiter.

Türkiye & Milliyet

III. Kaspisches Gas beginnt in türkisch-griechischer Pipeline zu fließen

Eine neue 285 Kilometer lange Pipeline wird erstmals Erdgas aus der kaspischen Region nach Europa bringen. Dieser Schritt wird teilweise die starke Abhängigkeit der EU von russischem Gas reduzieren.

Die Verbindung wurde am gestrigen Sonntag (18. November 2007) vom türkischen Premierminister, Recep Tayyip Erdogan, und seinem griechischem Amtskollegen, Costas Karamanlis, eröffnet. Der feierliche Akt fand auf einer Brücke über einen Fluss statt, der die beiden Länder voneinander trennt.

Karamanlis sagte, der symbolische Schritt weise auf einen Abbau der alten Rivalitäten hin, während die Türkei trotz weiterhin bestehender Uneinigkeit in der Zypern-Frage auf ihrem Weg in die EU-Mitgliedschaft voranschreite.

Alle Griechen wollten gute, nachbarschaftliche Beziehungen zur Türkei und unterstützten besonders das Voranschreiten des Landes in Richtung Europa, so Karamanlis in der AP. Diese Pipeline werde den Wohlstand in der Region begünstigen. Die ‚Seidenstraße‘ werde weiterhin eine Energieroute werden, die über die Türkei den Osten mit dem Westen verbinde, entgegnete Erdoğan.

Die Pipeline wird Erdgas aus Aserbaidschan transportieren und ist Teil des so genannten „Südeuropäischen Gasring“-Projekts. Deren Kapazität, die gegenwärtig bei 250 Millionen Kubikmetern Gas pro Jahr liegt, wird sich wohl verdreifachen, wenn das Projekt durch eine Verbindung unter der Adria nach Italien erweitert wird. Die Vollendung dieses Vorhabens wird 2012 erwartet.

Das Projekt hat finanzielle und politische Unterstützung von Seiten der Europäischen Union erfahren, die darum bemüht ist, ihre Gasversorgung zu diversifizieren und somit ihre Abhängigkeit von Russland zu mindern, da die Spannungen mit Moskau in den letzten Jahren zugenommen haben.

Ankara ist auch ein wichtiger Partner im Projekt der Nabucco-Pipeline, die über die Türkei kaspisches Gas nach Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich bringen soll. Das Projekt verzögert sich jedoch aufgrund finanzieller und politischer Schwierigkeiten.

Die Türkei sei schnell in ihrem Handeln, um die vierte Energieroute für Erdgaslieferungen nach Westeuropa zu werden. Es gebe eine gegenseitige Abhängigkeit der Energiepolitiken, die dazu beitragen werde, ein günstiges Ambiente zu schaffen, so Erdogan.

Der Einweihungszeremonie wohnten Ilham Aliyev, der aserbajdschanische Präsident, sowie Samuel Bodman, der US-amerikanische Minister für Energie, bei, um zu verdeutlichen, dass Amerika das Projekt realisiert sehen wolle. Die Türkei sei eine wichtige Energiepforte zwischen dem Osten und dem Westen, so Bodman.

Euractiv

IV. Vorschlag zur Mittelmeer-Union ,konzentriert sich auf Projekte'

Frankreich hat offensichtlich den Rückwärtsgang eingelegt, was seinen umstrittenen Vorschlag der Gründung einer Mittelmeer-Union betrifft. Ein Hoher Beamter sagte, dieses Vorhaben werde sich auf konkrete Projekte konzentrieren und auf freiwilliger Basis arbeiten. Besonders die Türkei hatte die Idee kritisiert, eine ,versteckte Alternative' zu einer vollständigen EU-Mitgliedschaft darzustellen.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy will Mitte kommenden Jahres den Grundstein für eine Union der Mittelmeeranrainer legen. Er lade alle Staats- und Regierungschefs der Mittelmeerländer für Juni 2008 nach Frankreich ein, um über das Projekt zu beraten, sagte Sarkozy im marokkanischen Tanger.

Dort sollten die Grundlagen "einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Union" geschaffen werden. Es sei nun an der Zeit, "die Diskussion zu beenden und zu handeln". Sarkozy rief auch alle anderen europäischen Länder zu einer Teilnahme als Beobachter bei dem Treffen auf. In der Mittelmeerregion werde sich entscheiden, "ob es zwischen Nord und Süd zu einer Konfrontation kommt" und ob Terrorismus und Fundamentalismus der Welt Gewalt und Intoleranz aufzwingen könnten, sagte Sarkozy.

Er beschrieb sein Unionsprojekt als "pragmatisch". Teilnehmerstaaten könnten sich in dem Verbund je nach Interessenlage an gemeinsamen Projekten beteiligen. "Wie Europa mit Kohle

und Stahl und der Atomenergie angefangen hat, wird die Union mit der nachhaltigen Entwicklung, der Energie, dem Verkehr und dem Wasser beginnen", sagte der Präsident. Gleichzeitig solle sie "das größte Labor der Welt" für gemeinsame Entwicklungsprojekte werden. Sarkozy hatte das Projekt der Mittelmeerunion erstmals während des Präsidentschaftswahlkampfes im Februar ins Gespräch gebracht. Der Plan wird jedoch in mehreren EU-Staaten und in Brüssel mit Zurückhaltung aufgenommen.

Tagesspiegel & Euractiv

Sarkozy: "Türkei, nein danke"

Sarkozy will Ankara nicht in der EU haben. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat eine EU-Mitgliedschaft der Türkei erneut abgelehnt. Außerdem forderte er eine starke gemeinsame Verteidigungspolitik Europas und trat für den Schutz Europas vor unlauterem Wettbewerb und Dumping-Politik aus Drittstaaten ein.

Frankreich werde die gemeinsame Verteidigung Europas und die Erneuerung der Nato 2008 zu Prioritäten machen, sagte der Staatspräsident am Dienstag vor dem Europaparlament in Straßburg. Frankreich übernimmt in der zweiten Jahreshälfte 2008 die EU-Präsidentschaft.

"Wie kann Europa einen politischen Einfluss in der Welt haben und ein Faktor des Friedens und des Gleichgewichts sein, wenn es nicht für seine eigene Sicherheit sorgen kann?" fragte Sarkozy.

In der Runde der Fraktionsvorsitzenden hatte Sarkozy zuvor eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ausgeschlossen. Teilnehmern des Gesprächs zufolge kündigte er an, bei den laufenden Beitrittsverhandlungen mit Ankara Verhandlungskapitel zu blockieren, die zu einer Vollmitgliedschaft führen könnten.

Frankfurter Rundschau

V. Umfrage: Brüsseler Journalisten erwarten EU-Beitritt der Türkei

Die meisten Journalisten, die bei der Europäischen Kommission akkreditiert sind, glauben, dass die Türkei letztendlich ein Mitglied der EU werden wird. Die Mehrheit derjenigen, die an den Beitritt der Türkei glauben, sieht den Zeitraum 2016 bis 2019 als am wahrscheinlichsten für den Beitritt. Dies hat eine neue Umfrage gezeigt.

Ziel der Umfrage, die von der Brüsseler NGO TR PLUS (Zentrum der Türkei in Europa) in Zusammenarbeit mit EurActiv Türkei organisiert worden war, war es, die Meinung der bei der Kommission akkreditierten Journalisten hinsichtlich der Aussichten der Türkei auf einen EU-Beitritt zu ermitteln.

Die Umfrage wurde in einer EU-weiten Auswahl von 100 der insgesamt 1 000 bei der Kommission akkreditierten Journalisten durchgeführt.

Auf die Frage, ob sie glaubten, die Türkei werde ein Vollmitglied der EU werden, antworteten 64% mit ‚ja‘, gegenüber 24%, die der Meinung sind, die Türkei werde nie der EU beitreten.

18% der Befragten haben den Zeitraum 2016 bis 2019 als am wahrscheinlichsten für einen Beitritt bestimmt. Mit jeweils 16% liegen die Zeiträume 2012 bis 2015 sowie 2020 bis 2023 knapp dahinter.

Nur wenige der Journalisten sind der Meinung, dass es später zu einem Beitritt kommen werde: 4% haben sich für den Zeitraum 2024 bis 2027 entschieden, sowie 6% für ‚nach 2028‘.

Die Organisatoren sind der Meinung, diese Ergebnisse zeigten eine breite Akzeptanz unter den Journalisten, dass die Türkei bis spätestens 2023 ein EU-Mitgliedstaat sein werde.

Die Umfrage wollte ebenfalls herausfinden, was die Stärken der Türkei als EU-Mitgliedstaat sein würden. Die Befragten betonten den großen Binnenmarkt des Landes (60 Stimmen) und seinen Status als ein zunehmend beliebtes Reiseland (35 Stimmen) als Hauptvorteile. Dies spiegle die starken Bemühungen der türkischen Regierung der vergangenen Jahre sowie die Unterstützung des privaten Sektors wider.

Des Weiteren betrachteten die Journalisten die Rolle der Türkei als eine demokratische Brücke zur muslimischen Welt (53 Stimmen) und seine strategische geographische Lage (48 Stimmen) als weitere wichtige Vorteile einer EU-Mitgliedschaft. Dies entspricht der Wahrnehmung des türkischen Außenministeriums – ein Ergebnis, das laut TR PLUS zeige, dass eine verbesserte Kommunikation Vorurteile abbauen könne.

Der noch immer ungeklärte Status Zyperns wurde von den Journalisten als das größte Hindernis für die Beitritts Hoffnungen der Türkei (36%) bestimmt, eng gefolgt von Bedenken über die muslimische Bevölkerung des Landes (34%).

Weiterhin wird die politische Instabilität als einer der wichtigsten Stolpersteine, sowie der fortwährende Kurden-Konflikt als ein besonders großes Problem erachtet.

Euractiv

VI. EU drängt Türkei, Reformen voranzutreiben

Der Fortschrittsbericht der Kommission über die Türkei, der gestern (6. November 2007) veröffentlicht wurde, schlägt im Vergleich zum Letztjährigen sanftere Töne an. Er fordert jedoch weiterhin Reformen, speziell im Bereich der Meinungsfreiheit.

Die Türkei wurde im Jahr 2005 offizielles Bewerberland, doch während der Verhandlungen wurden nur langsam Fortschritte erzielt. Im Anschluss an den letztjährigen Bericht entschied die EU, die Beitrittsgespräche in acht von 35 Verhandlungspunkten auszusetzen, da sich die Türkei geweigert hatte, seine Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus dem EU-Mitgliedstaat Zypern zu öffnen.

Seit letztem Dezember wurden vier Verhandlungskapitel wieder geöffnet: Unternehmens- und Industriepolitik, Statistiken, Finanzkontrolle und Energie. Frankreich gelang es jedoch unter Präsident Nicolas Sarkozy, einem offenen Kritiker des türkischen Beitritts, die Öffnung des Kapitels über Wirtschafts- und Währungsunion zu blockieren.

Kernfragen

In ihrem regelmäßigen Fortschrittsbericht vom 6. November 2007 äußerte die Kommission ihre Enttäuschung über die Verzögerung der Reformen in der Türkei. Sie rief das Land dazu auf, seine Bemühungen auf dem Weg zur Mitgliedschaft zu intensivieren.

Da bisher nur ein ‚geringer Fortschritt‘ in Richtung Reformen zu verzeichnen sei, heißt es im Bericht, seien ‚bedeutende, weitere Bemühungen notwendig‘, um Meinungsfreiheit sicherzustellen und den Einfluss des Militärs auf die Politik zu beschränken bzw. Minderheitenrechte zu gewährleisten. Dies gilt besonders für Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der ‚die Beleidigung des Türkisch-Seins‘ zu einer Straftat macht und zu einer Reihe von Gerichtsverfahren gegen Schriftsteller und Journalisten geführt hat.

Es sei einfach inakzeptabel für eine europäische Demokratie, dass Schriftsteller, Journalisten, Akademiker und andere Intellektuelle angeklagt würden, bloß weil sie eine kritische Meinung äußerten, sagte Rehn Journalisten am 6. November 2007. Der infame Artikel 301 des Strafgesetzbuches müsse aufgehoben oder umgehend geändert werden.

Weitaus erfreulicher allerdings sei laut eines Lobs von Seiten der Kommission die Bewältigung einer großen politischen Krise zu Beginn des Jahres, aus der die Türkei mit ‚gestärkten demokratischen Institutionen‘ hervorgegangen war. Rehn unterstrich jedoch, dass nun die Zeit für die Türkei gekommen sei, den Reformprozess zu erneuern. Mindestens zwei weitere Kapitel - über Verbraucher- und Gesundheitsschutz sowie über transeuropäische Netzwerke - könnten in den nächsten Wochen geöffnet werden.

Die Kommission sagte außerdem, dass ‚weiterer Fortschritt‘ im Kampf gegen Korruption und in den Bereichen Justizwesen, Gewerkschaftsrechte, Rechte von Frauen und Kindern, kulturelle Rechte und zivile Aufsicht über das Militär nötig sei.

Das Problem der Teilung Zyperns, die dazu geführt hatte, dass die EU die türkischen Beitrittsgespräche im letzten Jahr teilweise eingefroren hatte, bleibt weiterhin ungelöst.

Unterdessen sieht sich die Türkei mit anhaltenden Terrorangriffen der kurdischen Arbeiterpartei PKK konfrontiert. Die EU sagte, sie verurteile alle Terrorangriffe und verstehe die Sicherheitsbedenken der Türkei. Rehn drängte die Türkei und den Irak, die Angelegenheit durch Zusammenarbeit anzugehen, in der Hoffnung, dass eine politische Lösung gefunden werde, die ein Eingreifen des türkischen Militärs abwende.

Positionen

Jim Murphy, der Europaminister des Vereinigten Königreiches, sagte, dass Großbritannien weiterhin für die Erweiterung der EU eintreten werde. Er fügte hinzu, der Bericht erkenne an, dass die Türkei in den letzten Jahren wichtige Reformen eingeführt und erfolgreiche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten habe. Nun, da eine neue Regierung im Amt sei, müsse man die Geschwindigkeit des Fortschritts vorantreiben.

Jan Marinus Wiersma und Hannes Swoboda, die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, sagten in einer Stellungnahme, dass die Verzögerung der Reformen im letzten Wahljahr bis zu einem bestimmten Punkt verständlich gewesen sei. Nun aber, da Erdogan ein starkes Mandat habe, sollte er die Möglichkeit nutzen, den Reformprozess auszubauen.

Ria Oomen-Ruijten, Mitglied der EVP-ED und Berichterstatterin des Parlamentsberichts über die Türkei, gab an, sie sei erfreut über die Tatsache, dass die Kommission die Empfehlungen des Parlaments, die europäisch-türkischen Beziehungen in einem breiteren Kontext zu sehen, angenommen habe. Nach den jüngsten Wahlen müsse die türkische Regierung ihre starkes Mandat nutzen, um die notwendigen Reformen durchzuführen.

Der grüne Europaabgeordnete und Vorsitzende der türkisch-europäischen Delegation, Joost Lagendijk, sagte, dieser Bericht spiegele die allgemeine Meinung in Europa wider, dass dringend benötigte Reformen in der Türkei nicht weiter aufgeschoben werden dürften. Die Kommission stelle fest, dass im Verlauf des letzten Jahres wenig in entscheidenden Bereichen wie Meinungsfreiheit und -äußerung getan worden sei. Es gebe keine Entschuldigungen für weitere Verzögerungen.

Der liberale Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff (ALDE) erklärte, worauf die Kommission zurecht hinweise, sei die Tatsache, dass jüngste Fortschritte in Bezug auf Reformen in der Türkei enttäuschend gewesen seien. Nun habe die Regierung allerdings ein starkes Mandat, um eine reformerische Agenda voranzutreiben.

Euractiv

VII. Finanz- und Wirtschaftsnachrichten

Türkei und EIB unterzeichnen Vereinbarung über die Einrichtung von zwei externen Vertretungsbüros

Im Anschluss an ein Treffen mit dem türkischen Wirtschaftsminister Simsek unterzeichneten EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen und der Staatssekretär im türkischen Finanzministerium, Ibrahim Canakci, am 5. November 2007 eine Vereinbarung über die Einrichtung von zwei Vertretungsbüros der EIB in der Türkei, die in Ankara und Istanbul eröffnet werden sollen.

In der Vereinbarung, die dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden wird, sind die für die Einrichtung und den Betrieb der beiden externen Büros erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen festgelegt.

Die Einrichtung der externen Büros der EIB wird ihre Fähigkeit verbessern, auf den Finanzierungsbedarf öffentlicher und privater Kunden einzugehen, und die Zusammenarbeit mit türkischen Institutionen und Partnern stärken. Diese Vereinbarung verdeutlicht die wichtige Unterstützung der Bank für den Heranführungsprozess der Türkei. Bemerkenswert ist, dass die Bank in der Türkei erstmals zwei Vertretungsbüros in einem Land einrichtet, wie EIB-Vizepräsident Kollatz-Ahnen anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung in Ankara bemerkte. Er fügte hinzu, dass in der Türkei ein erheblicher Bedarf an langfristigen Investitionen besteht, die die EIB zu unterstützen bereit ist.

Die EIB-Büros werden ihre Tätigkeit kurz nach der Ratifizierung der Vereinbarung aufnehmen.

Die EIB in der Türkei

2007 wird ein weiteres Rekordjahr für EIB-Operationen in der Türkei sein: Das Engagement der Bank erreicht ein neues Niveau, was die Unterstützung der Türkei durch die EIB bekräftigt.

Die EIB nahm ihre Operationen in der Türkei vor über 40 Jahren auf und hat ein umfangreiches und stark diversifiziertes Portfolio von öffentlichen und privaten Projekten in allen wichtigen Bereichen der türkischen Wirtschaft mitfinanziert. Im Zeitraum 2000-2007 belief sich die gesamte Darlehensvergabe auf 7 Mrd EUR, wovon 3,5 Mrd EUR für den Privatsektor bestimmt waren. Damit ist die Türkei unter den Nicht-EU-Ländern der bei weitem größte Empfänger von EIB-Darlehen. Mit über 70 Mio Einwohnern und der Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft verzeichnet die Türkei derzeit ein rasches Wirtschaftswachstum. Vor diesem positiven Hintergrund werden die EIB-Finanzierungen in der Türkei 2007 die Rekordzahl von über 2 Mrd EUR erreichen, was die wachsende Unterstützung für Initiativen im Privatsektor unterstreicht.

Die EIB ist Partnerschaften mit in- und ausländischen Investoren aus der Industrie eingegangen und unterstützt in Zusammenarbeit mit einem ausgedehnten Netz inländischer Banken den dynamischen KMU-Sektor in der Türkei. Starke Handelsbeziehungen und eine effiziente

Infrastruktur, darunter Verkehrskorridore, sind für den Wohlstand des Landes wichtig. Die Bemühungen der Türkei im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft führen zu einem zusätzlichen Investitionsbedarf. Dies ist beispielsweise im Bereich Umwelt der Fall, wo umfangreiche Mittel benötigt werden, um die EU-Standards zu erreichen. Die EIB bekräftigt erneut ihre Absicht, die Türkei bei diesem Prozess zu unterstützen. „Seit 2000 hat die EIB ihre Mittelvergabe an den privaten Sektor stetig ausgeweitet und wird auch künftig der größte Darlehensgeber sein“, betonte EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen. Die Darlehen der EIB sind im Hinblick auf Sektoren, Standort der Vorhaben und Projektträger diversifiziert, was durch die robuste wirtschaftliche Entwicklung der Türkei seit der Wirtschaftskrise 2001 begünstigt wird.

Hintergrundinformationen über die EIB

Die EIB ist die Finanzierungsinstitution der Europäischen Union; sie wurde 1958 durch den Vertrag von Rom errichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Ziele der Europäischen Union durch die langfristige Finanzierung von Investitionsvorhaben zu fördern. Eigentümer der Bank sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Außerhalb der EU ist die EIB in Kroatien, der Türkei, den Ländern des westlichen Balkans, des Mittelmeerraums, Afrikas und der Karibik tätig. Finanzierungen in der Türkei können im Rahmen des mit einer EU-Garantie ausgestatteten Vor-Beitritt-Mandats und der Vor-Beitritts-Fazilität erfolgen, in deren Rahmen die EIB auf eigenes Risiko tätig wird und der Türkei dieselben Voraussetzungen wie für Finanzierungen in Mitgliedsländern bietet. Die Bank ist mit einem Triple-A-Rating eingestuft. Sie ist weltweit die größte multilaterale Finanzierungsinstitution.

EIB

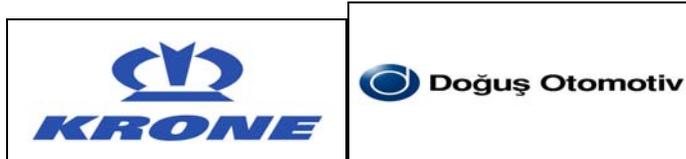
Die Türkei will im kommenden Jahr Teile ihres Stromnetzes verkaufen, an denen - neben dem deutschen Energiekonzern E.ON - auch der österreichische Verbund über sein türkisches Joint Venture EnerjiSA Interesse angemeldet hat.

Der türkische Finanzminister Kemal Unakitan sagte, die Ausschreibung werde 2008 beginnen, Angaben zum Zeitplan und den betroffenen Netzen machte er jedoch nicht. Die Türkei plant seit längerem eine Privatisierung von Stromnetzen, die Vorbereitungen waren aber immer wieder ins Stocken geraten.

Den bisherigen Plänen zufolge sollten drei Netze im Großraum der Millionenstädte Istanbul und Ankara versteigert werden. Neben E.ON hatten diverse Versorger ihr Interesse an den Leitungen angemeldet. Darunter waren der italienische Energieriese Enel und die spanische Iberdrola.

VIII. Firmennachrichten aus der Türkei

Nutzfahrzeugbauer Krone: Joint Venture in der Türkei



Der emsländische Nutzfahrzeughersteller Krone hat sein Engagement in der Türkei ausgeweitet und mit dem Unternehmen Dogus Otomotiv einen Joint-Venture-Vertrag abgeschlossen. Wie das Unternehmen am Montag in Spelle mitteilte, sollen in einer Fabrik nahe Izmir Anhänger und Sattelaufleger produziert werden. Anfang 2009 soll das Werk, in das laut Krone 35 Millionen Euro investiert werden, in Betrieb gehen. Krone hält an dem Gemeinschaftsunternehmen 51, Dogus Otomotiv 49 Prozent. Die Firma vertreibt bereits seit vier Jahren Krone-Produkte exklusiv in der Türkei. Hintergrund des Joint Ventures sei die "enorm große Nachfrage" nach Transportkapazitäten in der Region.

Rund 2.000 Mitarbeiter im Emsland

Das 1906 gegründete Unternehmen beschäftigt in Spelle und Werlte - ebenfalls im Emsland - rund 2.000 Mitarbeiter. Die Krone-Gruppe überschritt im Geschäftsjahr 2006/2007 beim Umsatz erstmals die Milliarden-Marke. Die Erlöse legten Unternehmensangaben zufolge um 23,8 Prozent auf 1,21 Milliarden Euro zu. Neben der guten Konjunktur war laut Krone der deutlich gestiegene Export nach Osteuropa die "Triebfeder für das gesamte Wachstum". Damit habe das Unternehmen seine Position als Europas zweitgrößter Hersteller von Nutzfahrzeugen gefestigt, hieß es weiter.

Interesse an Karmann-Mitarbeitern

Zuletzt hatte die Krone-Gruppe Interesse an der Einstellung von Mitarbeitern des kriselnden Cabriobauers Karmann bekundet, der in Osnabrück und Rheine (Nordrhein-Westfalen) rund 1.700 Stellen streichen will.

Borusan bekommt eine große Pipeline Bestellung aus den Vereinigten Staaten

Der türkische Rohrhersteller Borusan Mannesmann Boru hat ein 170 Millionen US-Dollar Angebot von dem amerikanischen Elba Express bekommen, um eine 312 Kilometer lange Erdgaspipeline in den südöstlichen USA zu bauen. Die Istanbul-Firma betonte, dass dieses Projekt das größte Projekt der Firma sein wird.

TUI expandiert in der Türkei

TUI hat in diesem Monat gemeldet, dass er in dem türkischen Markt expandieren wird. Michael Fenzel, Geschäftsführer von TUI in Deutschland betonte, dass seine Firma bereits in der Türkei Hotels besitzt und dass sie bereit sei, neue Investitionen zu machen.

Dolphin kündigt seine ersten Investitionen in die Türkei

Dolphin Capital, der führende Investor im Wohnungsmarktsektor im östlichen Mittelmeerraum, kündigt seine ersten Investitionen in der Türkei an, im Folge einer Partnerschaft mit der türkischen Kemer Group. Dolphin investiert 50 Millionen Euro in die Partnerschaft mit Kemer und 30 Millionen Euro in Port Kundu und LaVanta.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org